



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

11. Dezember 2020

Wochenbericht KW 50

forsa | Kantar | FG Wahlen | infratest dimap

Wähleranteile:	Union zwischen 37 % und 35 %, SPD bei 16 % bzw. 15 % Grüne bei 20 % bzw. 19 %, AfD zwischen 10 % und 8 %
Regierungszufriedenheit:	Zwei Drittel bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Beurteilung der Bundesregierung bei vielen Aufgaben teils deutlich negativer Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum, bei der gerechten Verteilung der Steuerlast und in der Pflege gesehen
Weltpolitische Lage:	55 % machen sich keine Sorgen um den Weltfrieden Krankheiten werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar ¹ für BamS	FG Wahlen ² für ZDF	infratest dimap für ARD
CDU/CSU	36 (-1)	35 (-)	37 (-)	36 (-)
SPD	15 (-)	16 (+1)	16 (-)	16 (+1)
FDP	6 (-)	7 (-)	5 (-)	6 (-)
DIE LINKE	8 (-)	7 (-1)	8 (+1)	7 (-)
B'90/Grüne	20 (-1)	19 (-)	20 (-1)	20 (-1)
AfD	8 (+1)	10 (-)	10 (+1)	9 (-1)
Sonstige	7 (+1)	6 (-)	4 (-1)	6 (+1)
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.	03.-09.12.	07.-09.12.	07.-09.12.

Die Union liegt bei forsa 21 (-1), bei FG Wahlen 21 (-), bei infratest dimap 20 (-1) und bei Kantar 19 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

(Zeitreihen: [forsa](#), [Kantar](#), [FG Wahlen](#), [infratest dimap](#))

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Markus Söder	35 (+1)
Olaf Scholz	14 (-1)
Robert Habeck	19 (-2)
keinen davon	32 (+2)
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 21 (+2) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 16 (+3) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

66 % (+2) der CDU-Anhänger präferieren Söder, 9 % (-2) Scholz und 5 % (-2) Habeck.

Von den CSU-Anhängern würden sich 82 % (-1) für Söder, 4 % (-1) für Scholz und 3 % (-) für Habeck entscheiden.

56 % (-4) der SPD-Anhänger favorisieren Scholz, 17 % (+2) Söder und 12 % (-2) Habeck.

Von den Grünen-Anhängern würden sich 63 % (-2) für Habeck, 12 % (-1) für Söder und 9 % (-1) für Scholz entscheiden.

([Zeitreihe](#))

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (13.12.2020)

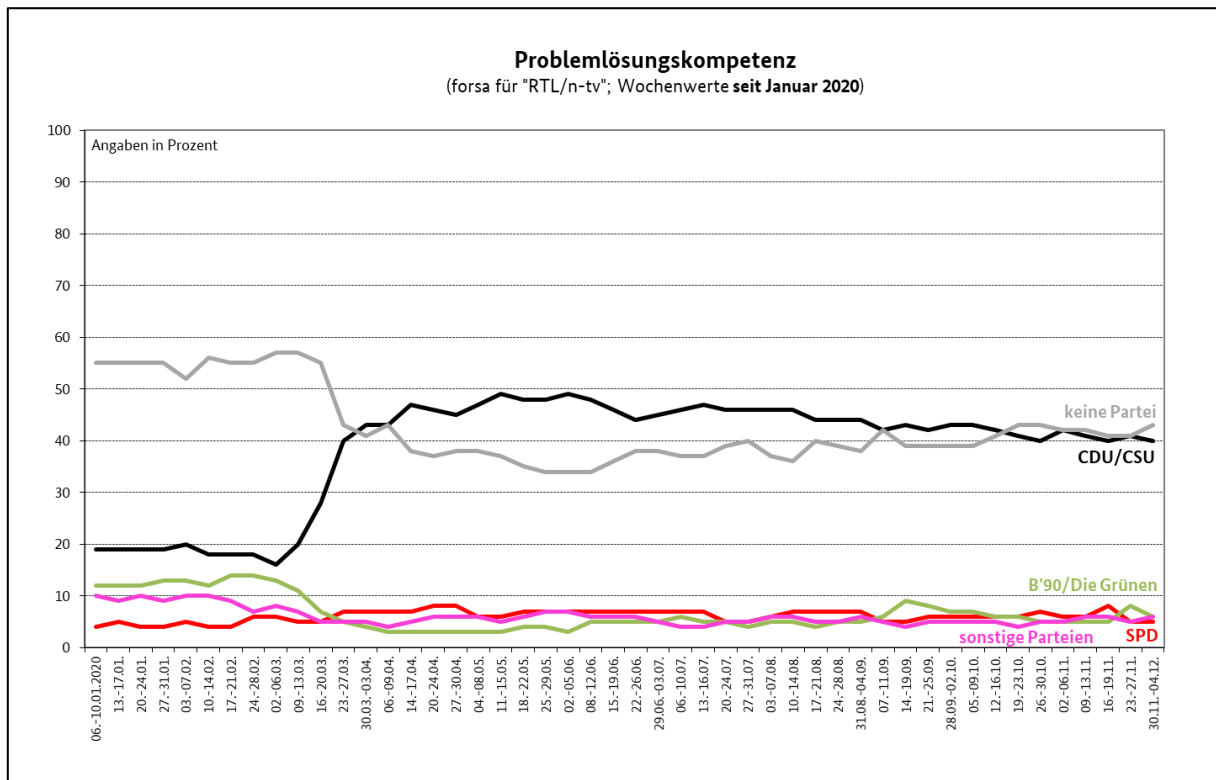
² im Vergleich zur KW 48

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	40 (-1)
SPD	5 (-)
Grüne	6 (-2)
sonstige Parteien	6 (+1)
keine Partei	43 (+2)
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 35 (-1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 3 (-3) Prozentpunkten hinter dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



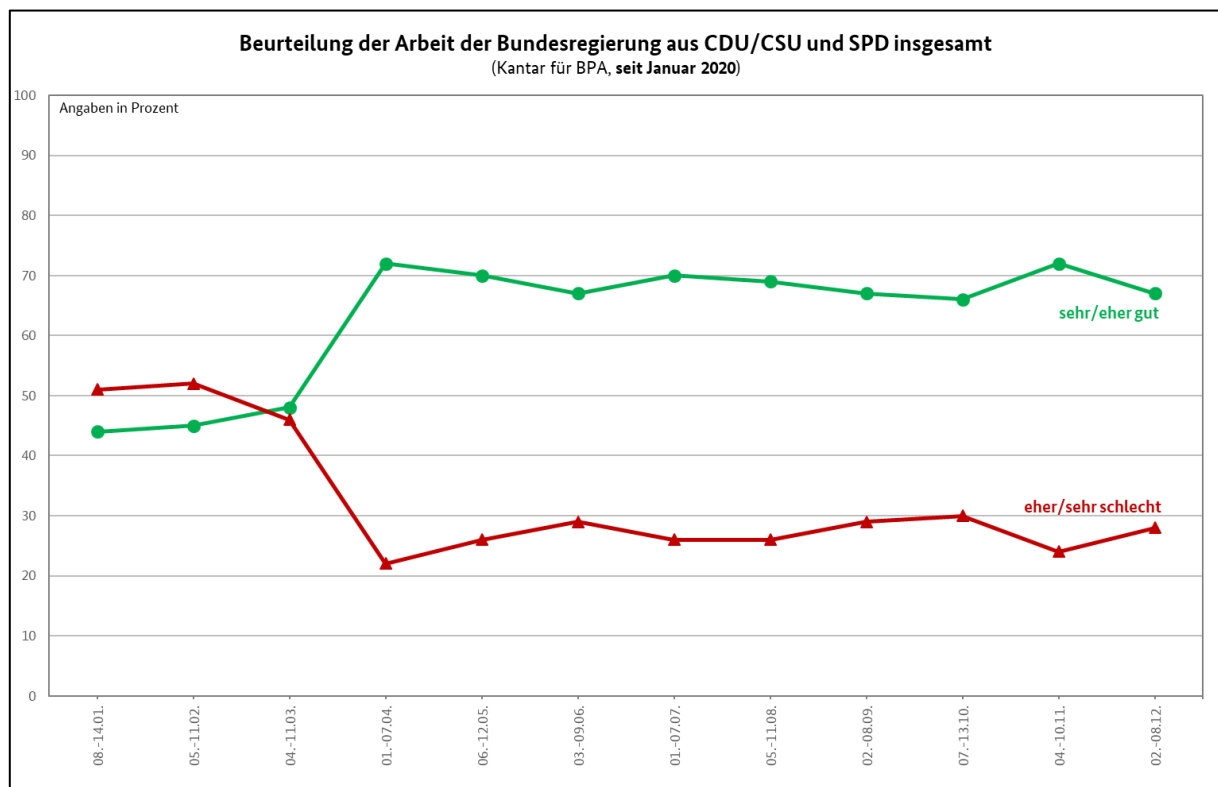
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Dezember 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zu November 2020

	Kantar für BPA
sehr gut	5 (-2)
eher gut	62 (-3)
eher schlecht	20 (+2)
sehr schlecht	8 (+3)
Erhebungszeitraum	02.-08.12.

Anhänger der Union (90 %) und der Grünen (82 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung besonders oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen Anhänger der AfD (94 %), der FDP (45 %) und der Linkspartei (42 %) die Arbeit der Bundesregierung besonders häufig als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Dezember 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	74 (+1)	24 (-)	0 (-1)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	67 (-1)	30 (+2)	2 (-)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	65 (+5)	30 (-4)	4 (-1)	1 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	61 (-2)	35 (+3)	2 (-1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	57 (-3)	39 (+3)	3 (+1)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	57 (-2)	36 (+1)	5 (+1)	1 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	55 (+2)	39 (-)	4 (-1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	52 (-3)	40 (-)	6 (+2)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	51 (+2)	41 (+1)	5 (-3)	2 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	47 (-)	44 (-)	6 (-)	1 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45 (+1)	49 (+1)	4 (-2)	1 (-1)
neue Technologien fördern	42 (-)	45 (-2)	9 (-)	2 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	41 (-2)	41 (+4)	13 (-3)	3 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (-1)	44 (-)	9 (-)	5 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	38 (+2)	46 (-1)	14 (-)	2 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	37 (-)	43 (-1)	14 (-)	4 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	35 (-4)	45 (+3)	14 (+2)	4 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	31 (-2)	53 (+2)	12 (+1)	2 (-2)
Verbraucherschutz stärken	30 (+3)	52 (-1)	13 (-2)	2 (-1)
Staatsschulden begrenzen	26 (-)	52 (+5)	16 (-4)	4 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	25 (-2)	55 (-2)	13 (+1)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22 (-8)	55 (+4)	18 (+4)	3 (-1)
Erhebungszeitraum	02.-08.12.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von Anhängern der Linkspartei (87 %) und der Grünen (82 %) besonders oft als sehr wichtig angesehen.

Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von 50- bis 59-Jährigen (77 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (75 %) sowie Anhängern der SPD (76 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (74 % zu 60 %). Anhänger der FDP (42 %) halten die Pflegebedingungen seltener für sehr wichtig.

Der Umwelt- bzw. Klimaschutz ist für unter 30-Jährige (78 %) sowie Anhänger der Grünen (88 %) und der Linkspartei (78 %) besonders wichtig.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Dezember 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im November 2020

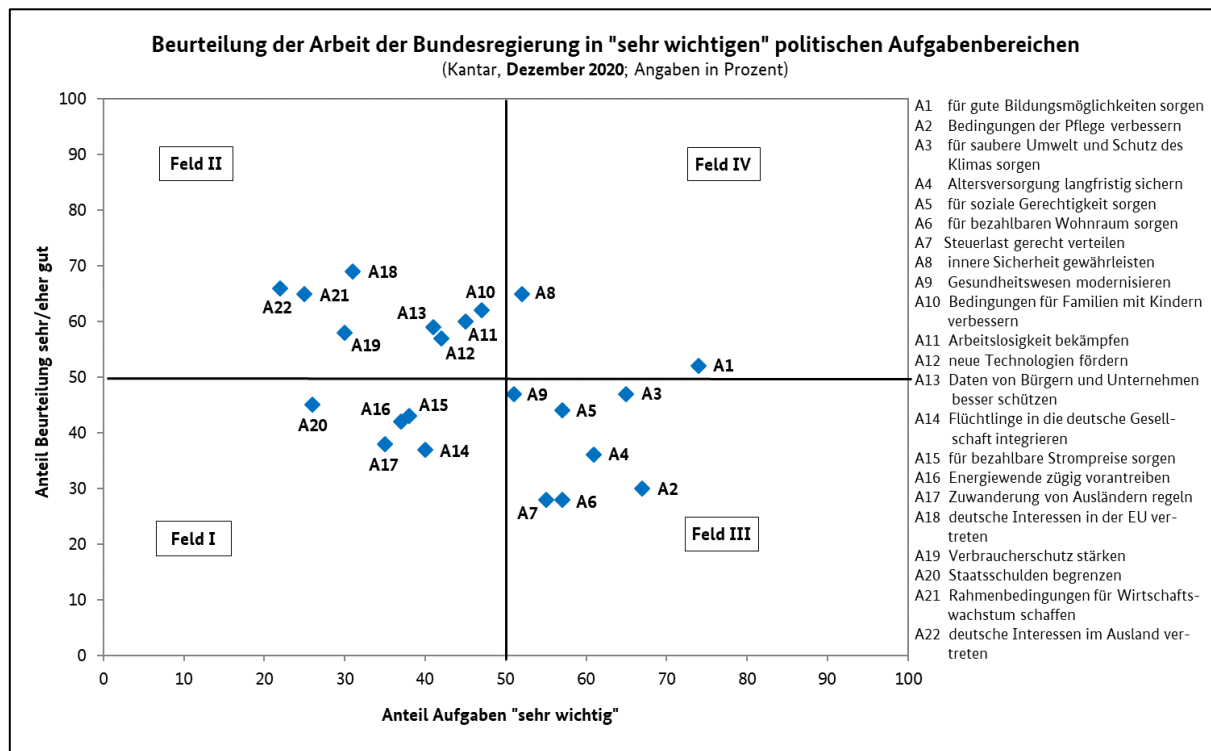
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	69 (-1)	23 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	66 (-5)	25 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	65 (-8)	25 (+5)
innere Sicherheit gewährleisten	65 (-6)	29 (+2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	62 (-3)	32 (+2)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	60 (-5)	34 (+4)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	59 (-4)	32 (-)
Verbraucherschutz stärken	58 (-3)	33 (+1)
neue Technologien fördern	57 (-1)	35 (-2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	52 (-5)	43 (+2)
Gesundheitswesen modernisieren	47 (-)	47 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	47 (-4)	48 (+1)
Staatsschulden begrenzen	45 (-7)	46 (+5)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	44 (-2)	51 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	43 (-5)	49 (+3)
Energiewende zügig vorantreiben	42 (-4)	50 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	38 (-5)	54 (+1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	37 (-3)	58 (+2)
Altersversorgung langfristig sichern	36 (-1)	58 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	30 (-6)	65 (+5)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	28 (-)	65 (-4)
Steuerlast gerecht verteilen	28 (-4)	65 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-08.12.	

In lediglich 10 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in acht Bereichen mindestens von der Hälfte eher negativ beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist in fast allen Politikfeldern der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, teils deutlich gesunken. Dies gilt besonders für die Bereiche "Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen" und "Staatsschulden begrenzen" (-8 bzw. -7 Prozentpunkte).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Dezember 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich "für bezahlbaren Wohnraum sorgen" (A6), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A7), im Aufgabenbereich "Bedingungen der Pflege verbessern" (A2), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A4), im Aufgabenbereich "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (A5), beim Umwelt- und Klimaschutz (A3) und im Aufgabenbereich "Gesundheitswesen modernisieren" (A9). In diesem Monat liegen hier fast ebenso viele Aufgabenbereiche wie im Feld II.

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat sind hier nur die Aufgabenbereiche "innere Sicherheit gewährleisten" (A8) und "für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen" (A1) vertreten.

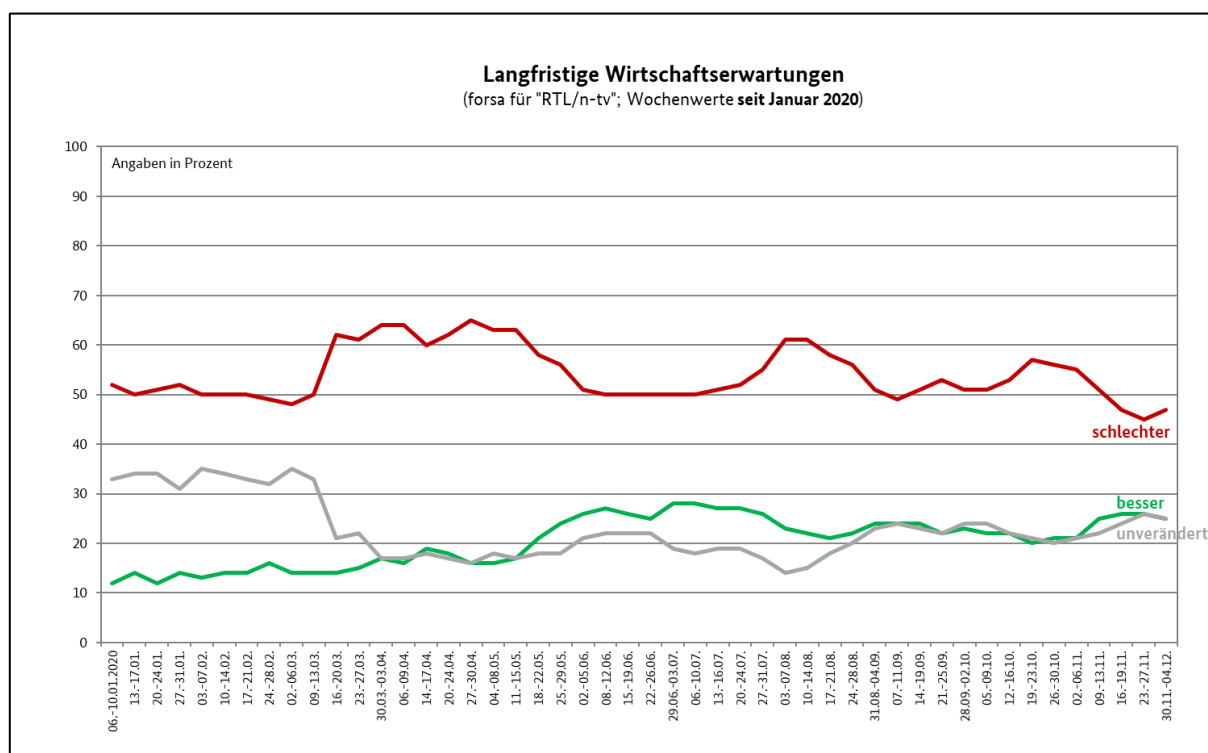
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	25	(-1)
schlechter	47	(+2)
unverändert	25	(-1)
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 22 (+3) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.

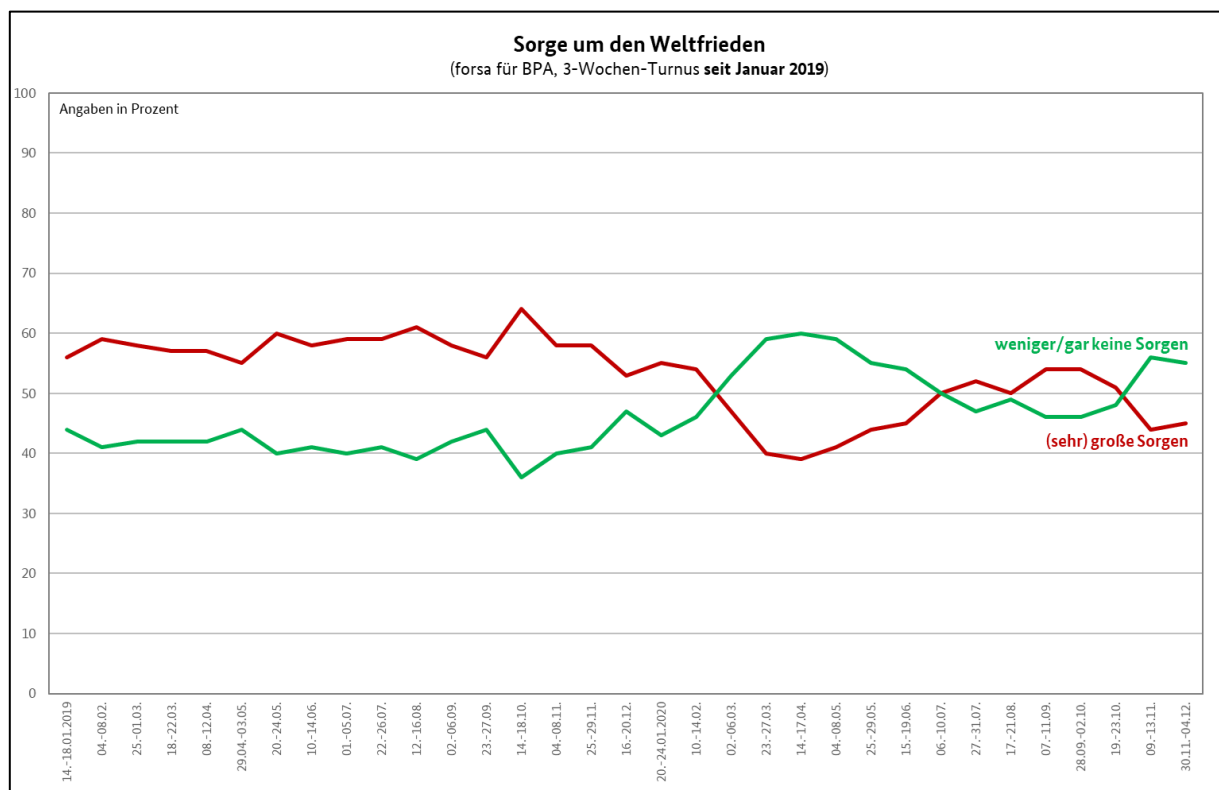


Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA	
sehr große	8 (+1)	
große	36 (-1)	
wenig	45 (-1)	
keine	10 (-)	
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.	

Männer sind seltener besorgt um den Weltfrieden als Frauen (38 % zu 52 %) und unter 60-Jährige seltener als über 60-Jährige (41 % zu 55 %).



Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

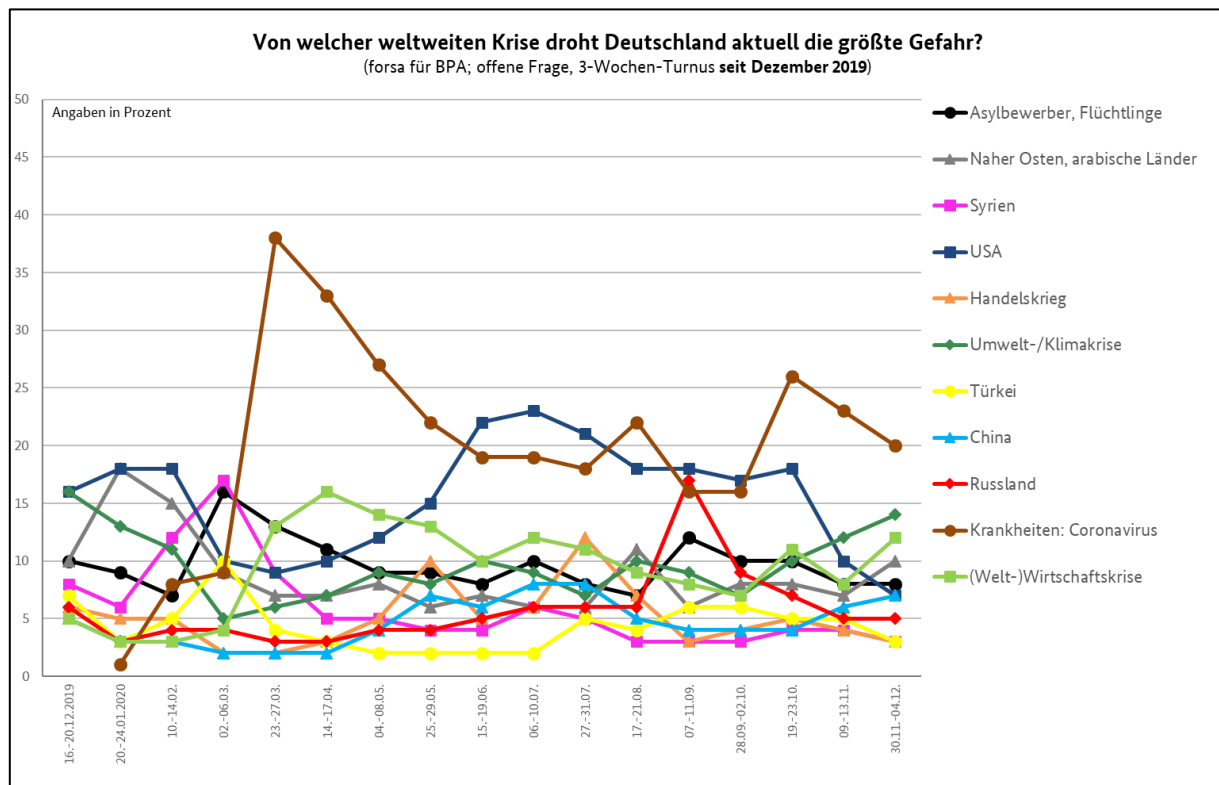
	forsa für BPA	
Krankheiten: Coronavirus	20	(-3)
Umwelt-/Klimakrise	14	(+2)
(Welt-)Wirtschaftskrise	12	(+4)
Naher Osten, arabische Länder	10	(+3)
Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(-)
USA	7	(-3)
China	7	(+1)
Russland	5	(-)
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.	

Die Bundesbürger nehmen Krankheiten wie das Coronavirus als größte Gefahr für Deutschland wahr.

Anhänger der Grünen (24 %) erwähnen die Umwelt-/Klimakrise besonders oft als größte Bedrohung, Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (17 % zu 5 %).

30- bis 44-Jährige (18 %) nennen die (Welt-)Wirtschaftskrise überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle.

Über 60-Jährige erwähnen den Nahen Osten häufiger als größte Gefahr als unter 30-Jährige (16 % zu 3 %).



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

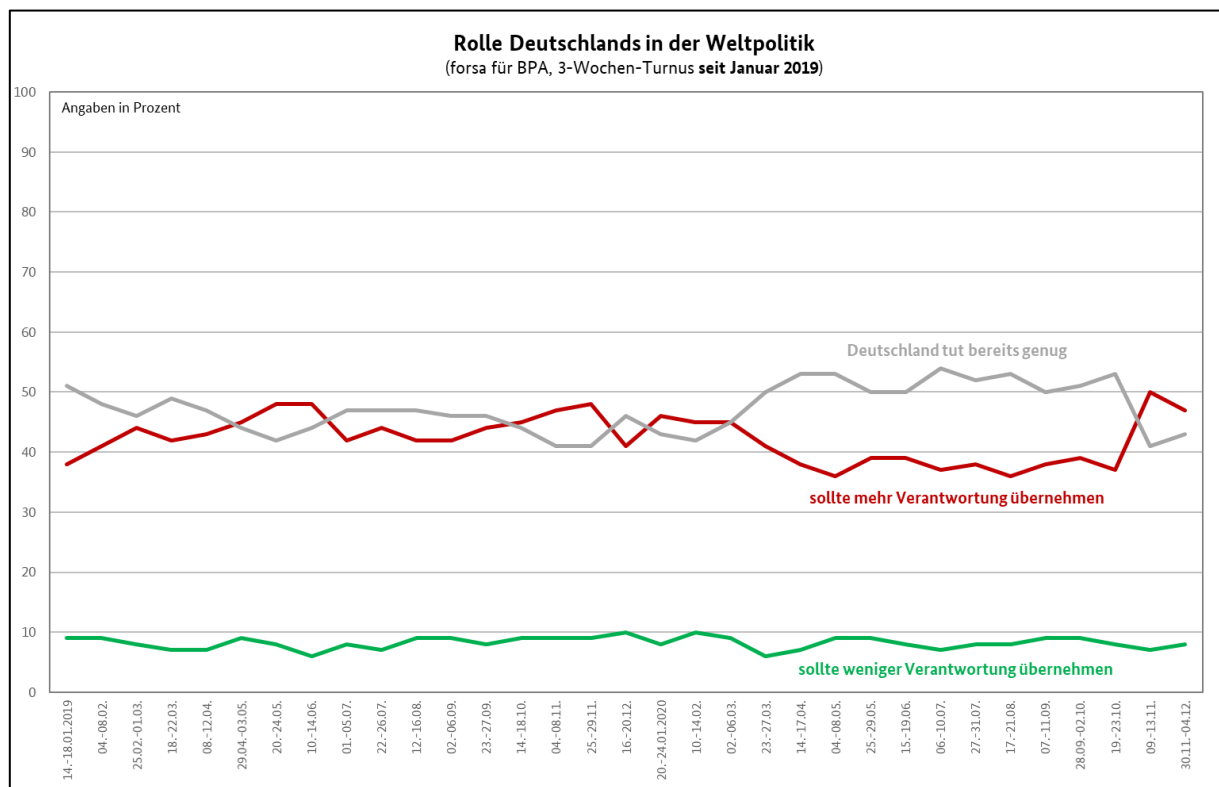
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	47 (-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (+1)
Deutschland tut bereits genug	43 (+2)
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.

Unter 30-Jährige (58 %) sowie Anhänger der Linkspartei (63 %) und der Grünen (61 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (26 %) besonders oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (57 %), Geringverdiener (54 %) und Frauen (50 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

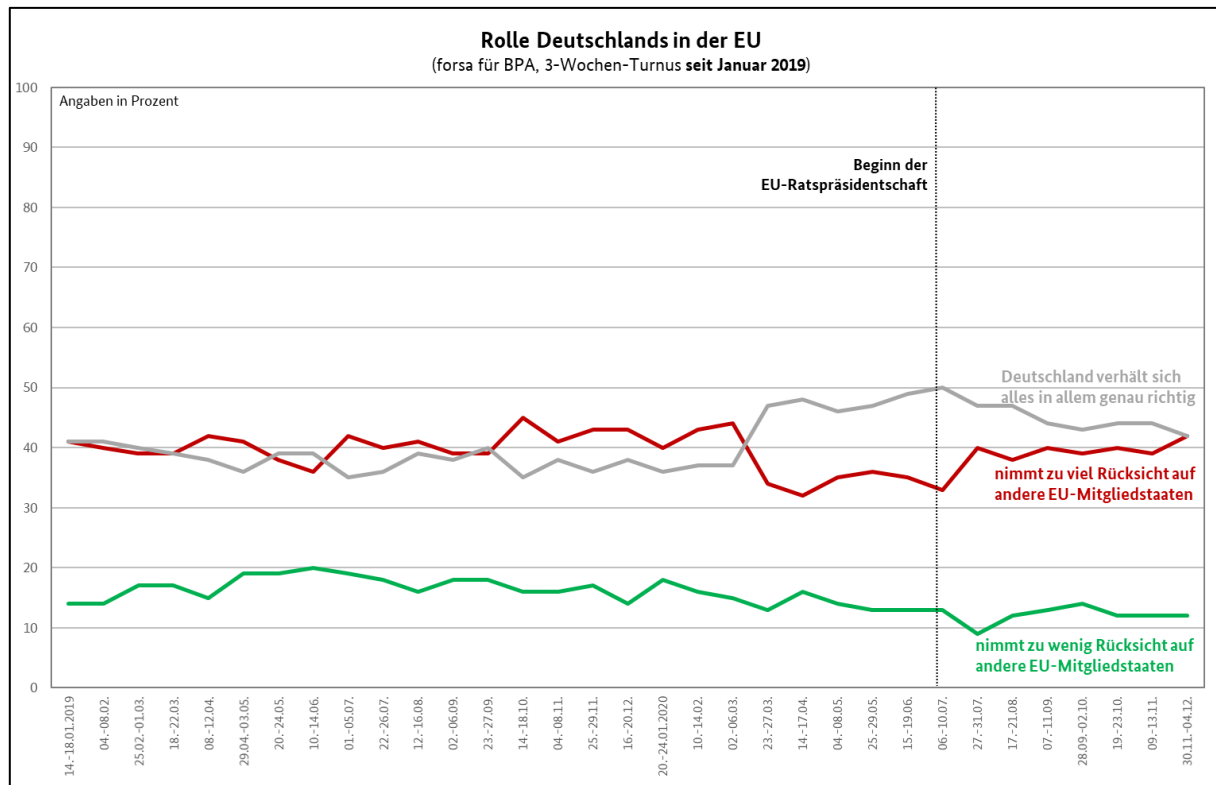
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 47

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42 (+3)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	12 (-)
verhält sich alles in allem genau richtig	42 (-2)
Erhebungszeitraum	30.11.-04.12.

Personen mit einfacher und mittlerer formaler Bildung (55 %), Ostdeutsche (51 %) und 45- bis 59-Jährige (49 %) sowie Anhänger der AfD (73 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (36 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Personen mit hoher formaler Bildung (48 %) und Anhänger der Grünen (54 %) finden das Verhalten Deutschlands besonders häufig genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	76 (-4)
USA: Präsident Trump, Wahl	17 (-6)
Ausgangs- und Kontaktsperre	15 (+12)
Allgemeine Wirtschaftslage	6 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-09.12.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Anhänger der Grünen (26 %) nennen das Thema "USA: Präsident Trump, Wahl" überdurchschnittlich oft. Personen mit hoher formaler Bildung beschäftigen sich häufiger damit als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (21 % zu 11 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener bzw. Personen mit mittlerem Einkommen (21 % zu 10 %).

Die Ausgangs- und Kontaktsperre hat im Vergleich zur Vorwoche deutlich an Relevanz gewonnen (+12 Prozentpunkte). Überdurchschnittlich häufig wird es von unter 30-Jährigen (25 %) und Anhängern der Linkspartei (26 %) genannt.

